

Parallel oder vor einem solchen Schritt muß offengelegt werden, welche und wieviel Akten fehlen, wie groß der tatsächliche Umfang der dort gelagerten Dokumente ist, welche Akten an andere Institutionen abgegeben wurden und wie der ursprüngliche Aktenbestand rekonstruiert werden kann. Ein bereinigtes Archiv hätte für die Öffentlichkeit nur bedingten Wert.

Die Entscheidung über die zukünftige Organisationsform des Document-Center (Stiftung, Curatorium, Institut, Forschungsstätte, Mahnmal und Gedenkstätte usw.) sollten wirklich ausschließlich jene fallen, die vor allem unter der Herrschaft des Nationalsozialismus und jenem gelitten haben, was in dem Document-Center mit allen Mitteln geheimgehalten wird.

Heinz Galinko hat auf die Bedeutung des Document-Center in seinem Brief an US-Außenminister Shultz hingewiesen: „Meine Empörung über diesen Bestand wird noch größer angesichts der Stimmen aus gewissen Historikerkreisen, die es heute noch und wieder versuchen, die historische Wahrheit, die mit den besagten Akten zu belegen gewesen wäre, zu leugnen und zu verharmlosen. Erst wenn man bedenkt, daß es maßgebliche Historiker gibt, die die Einmaligkeit der NS-Verbrechen Zweifel unterziehen, wird der Wert dieser Dokumentation für die Aufklärung der heranwachsenden Generation in vollen Ausmaß deutlich.“ (18)

Cl.

Anmerkungen:

- (1) Berliner Tagesspiegel, 10. Februar 1960
- (2) Frankfurter Rundschau, 12. Oktober 1971
- (3) Allgemeine Jüdische Wochenzzeitung, 26. Februar 1988
- (4) Der Spiegel, 8/1988
- (5) Deutsche Volkszeitung/die tat, 19. Februar 1988
- (6) taz, 17. Februar 1988
- (7) Der Spiegel, 8/1988
- (8) Daily Mail, 20. Januar 1960 und Berliner Morgenpost, 5. Folge, Februar 1988
- (9) Deutsche Volkszeitung/die tat 19. Februar 1988
- (10) Ehemalige Staatsminister Hans-Jürgen Wissniewski, 2. Februar 1976
- (11) Bundesinnenminister Zimmermann, 22. November 1982
- (12) PPP, 25. Januar 1960
- (13) Letzteres aus Karl-Heinz Hansen „Die ungeliebten Akten des US-Document-Centers“ in DVZ/die tat, 19. Februar 1988 - ein sehr ausführlicher Artikel zu der ganzen Übernahmevereinbarung.
- (14) s. (13)
- (15) Antrag der Berliner SPD-Fraktion, s. (13)
- (16) Die Welt, 7. Februar 1979
- (17) Theodor W. Adorno, Erziehung nach Auschwitz, suhrkamp Taschenbuch, S. 10
- (18) Allgemeine Jüdische Wochenschau, 19. Februar 1988

Gleichstellung durch die erleichterte Einbürgerung erreichen, als „Abschluß eines vollzogenen Integrationsprozesses“, wie es Staatssekretär Spranger ausdrückte (1).

Eliminierung der Unterschiede

Nun weiß jeder, daß es der CDU kaum darum geht, das von den Sozialdemokraten verbal propagierte, begrenzte Mitbestimmungsrecht für „ausländische Bürger“ zu erweitern. Die „erleichterte Einbürgerung“ — wie das gesamte Konzept der Integration — ist vielmehr ein Glied in einer Kette von Praktiken, die gemeinsam die deutsch-nationale, minderheitenfeindliche Politik charakterisieren. „Integration ist nur möglich bei strikter Begrenzung des weiteren Zuzugs“, sagte Spranger und wiederholte damit die bekannten Prinzipien der „Ausländerpolitik“ Zimmermanns: „Begrenzung, Rückkehrförderung, Integration“. Eine widersprüchliche „Aufnahmefähigkeit“ von „Fremden“? Wohl kaum, denn die politische Ordnung der BRD, die sich durch das gemeinschaftliche, national-ethische Bewußtsein legitimieren läßt, fühlt sich durch die Existenz von ethnischen Minderheiten, die das Bekenntnis zum nationalen Staat nicht von vornherein ablefern können und wollen, schlicht und einfach verunsichert. Diese fallen aus dem Rahmen des nationalen Grundkonsenses heraus, in ihrer kulturellen Selbständigkeit „steckt ein Stück Systemkritik und ein mögliches Widerstandspotential“ (2).

Eine Herrschaftsform, die ihre Untertanen durch die Betonung der gemeinsamen Abstammung sowie der kollektiven „Schicksalsgemeinschaft“ zur Loyalität auffordert, kann in diesem sensiblen Bereich keine Gegensätze tolerieren. Der leitende Faden jeder rassistischen Politik ist daher die Eliminierung von Unterschieden innerhalb der Gemeinschaft, entweder durch die Abgrenzung von anderen bzw. ihre Ausgrenzung aus der Gesellschaft überhaupt, oder durch die Nivellierung der kulturell-ethnischen Unterschiede, durch die Vorenthalten kultureller Rechte, durch die Assimilation oder die „kulturelle Integration“.

In diesem Sinne bildet das Zimmermannsche Drei-Punkte-Programm aus der Sicht der Bundesregierung den idealen Weg zur Bewältigung der Post-Anwerbestopp-Realität: Neue dürfen nicht rein, dazu die Verschärfung der Asylgesetze und des Familiennachzuges; so viele wie möglich sollen raus, dazu die „sanfte“

Legitimierung ihrer Schritte bedienen. Schlägt man aber die Zeitung auf, dann sieht man, daß diese Argumentation nur einen Teil, oft sogar einen relativ geringen Teil der Äußerungen diverser Regierungsvertreter ausmacht.

Rassismus als kollektive Erfahrung

Wenn es um die Schließung der Grenzen geht, wird die Bevölkerung vor der Gefahr der „Kulturüberfremdung“ gewarnt und gegen einen vermeintlichen „Zustrom aus fremden Kulturräumen“ aufgehetzt. Denn in die kollektiven Bemühungen um die Bewältigung der Wirtschaftskrise kann offenbar nur in sehr begrenztem Maße das Bewußtsein der Bevölkerungsmehrheit einbezogen werden. Diese werden daher eher als Aktion zur Rettung der gemeinsamen Kultur der eigenen Nation, zur Bewahrung des „Eigenen“ vor dem „Fremden“ dargestellt und somit in eine echte kollektive Erfahrung umgesetzt.

In diesem Moment verläßt die Ausgrenzungsideologie die politische Entscheidungsebene und dringt direkt in die Seele der Individuen hinein. Dies ist auch das Geheimnis ihres Erfolges: Das Fremde versetzt den durch die Umstände schon verunsicherten Menschen in Angst, führt zu Aggressionen, die durch das Fremdsein des Anderen begründet und durch die Notwendigkeit, ihn zu verdrängen, legitimiert werden, um schließlich der eigenen Selbstbehauptung dienen zu können: Die offizielle rassistische Politik, die den Minderheiten eine Sündenbock-Funktion zuteilt, knüpft direkt an diese psychologischen Mechanismen der individuellen Untertanen. Nun entfällt wiederum der Vorgang der Selbstbehauptung nicht nur einen „negativen“ Aspekt — die Ausgrenzung und Verdrängung des Fremden — sondern auch einen „positiven“ Teil — die Verherrlichung und Hervorhebung des Eigenen. Und die eigene Identität ist für den Großteil der Bevölkerung — paradoxerweise — gerade eine kollektive Kategorie: Die in der frühen Sozialisation angeeigneten Verhaltensmuster und Werte, das Bekenntnis zu einer Tradition, das Gefühl der schicksalsbedingten, durch Abstammung bestimmten Zusammengehörigkeit, das Bewußtsein der Nation. Erst durch das Gemeinschaftsbewußtsein der ethnischen Gruppe wird die Synthese zwischen Herrschaftsbestrebungen und individuellen Selbstbehauptungsbedürfnissen geschaffen. Einerseits erlaubt sie den Herrschern-

zung, im Fall der aktuellen Integrationspolitik der Bundesregierung wird vor allem der Tatsache Rechnung getragen, daß ein Teil der Einwanderer sich einfach nicht vertreiben läßt, daß es wiederum spätestens in einigen Jahren einen Bedarf an jungen, qualifizierten Fachkräften geben wird. Hier will man also nicht die Barrieren aufbauen, sondern die Schranken überwinden, statt Ausgrenzung — Annäherung ...

Was bedeutet in Wirklichkeit die Integrationspolitik? „Die Integration setzt entscheidende Beiträge der Ausländer voraus, die sich auf die in den Aufnahmeländern geltenden kulturellen und sonstigen Wertvorstellungen, Normen und gesellschaftliche Lebensformen einstellen müssen“ — so lautet die Formel von Spranger, in Einklang mit der gesetzlich geregelten Vorstellung der Einbürgerung, die die „Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse“, ein „grundätzliches Einleben in die deutsche Umwelt“ und eine bestimmte „grundätzliche Einstellung zum deutschen Kulturräum“ voraussetzt (Einbürgerungsrichtlinien von 1978). Die „Integration“ wird stets als „Problem“ der anderen betrachtet, die sich an die Mehrheit anpassen müssen. Sie bedeutet nie etwa die Einstellung der Mehrheit auf die Existenz ethnisch-kultureller Minderheiten, eine Anstrengung zum Abbau von Vorurteilen oder eine Revision der politischen, erzieherischen und kulturellen Rahmenbedingungen, um eine Vielfalt zu erlauben, sondern sie stellt die Einwanderer vor die Wahl zwischen zwei Kulturen, zwischen zwei Identitäten, wobei „Kultur“ und „Identität“ als Synonym für „Heimat“ und „Nation“ gebraucht werden. Die „Integration“ läßt die Mehrheit intakt in ihrem selbstbestätigten Überlegenheitsgefühl, fordert die Minderheit dagegen zur Assimilation in die Mehrheit auf.

Anders als die Rassengesetze, die die Überlegenheit der Mehrheitskultur aus einer „wissenschaftlich“-erarbeiteten Bewertung von angeborenen, biologischen Unterschieden ableiteten, und die „Anderen“, „minderwertigen“ zur ewigen Versklavung verdammten, zeigt sich der Kulturrassismus „großzügiger“, „flexibler“: Den Fremden wird ein Ausweg angeboten, und zwar durch die Aufgabe ihres „Eigenseins“, was für die herrschende Nation die Aufgabe ihres „Fremdeins“ — also ihre Angleichung — ist.

Exkurs

Dieser „flexible“ Kulturrassismus, der dem Fremden die „Wahl“ zwischen seiner geistig-emotionalen und seiner physi-

Kinder in weiße Missionsschulen gesperrt.“ (4).

Menschenjagd und Mission ergänzen sich seit Beginn der Kolonialpolitik zur Herstellung europäischer Macht und zur Behauptung weißer Überlegenheit.

II. Oppositionelle Politik

Die national-staatliche Politik bedient sich einer Hetze und diskriminierender Praktiken, wenn sie sich durch die Existenz kultureller Unterschiede in der Gesellschaft ihrer absoluten Herrschaft — vor allem zu Krisenzeiten — nicht sicher sein kann, oder wenn sie von ihren eigenen Versäumnissen ablenken will. Sie stützt sich dabei auf Angste und Aggressionen gegen Fremde, betont die Unterschiede, um sich von den Fremden zwecks ihrer eigenen Selbstbehauptung abzugrenzen, eliminiert sie wiederum, um sich der Unterstützung eines homogenen Kollektivs zu versichern, was im Ganzen ihren kulturrassistischen Charakter ausmacht.

„Progressive“ Heterophobie

Aber dieser Kulturrassismus ist nicht nur in der herrschenden Politik zu finden. Er scheint vielmehr eine generelle Krankheit zu sein, nämlich das Syndrom der Heterophobie — der Angst vor dem Fremden — wie es Albert Memmi nennt. Bezug auf die Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten im Umgang mit ethnisch-kulturellen Unterschieden kann diese Bestrebung nach einer einheitlichen Gemeinschaft als die Genese des Kulturrassismus betrachtet werden. Über die humanistische Oppositionsbewegung, die sich mit dem Kolonialismus und Rassismus der Rechten auseinandersetzt, schreibt Memmi:

„Während mich nun einerseits die Argumentation unserer Gegner empörte, stürzte mich etwas in der Beweisführung meiner Freunde in Verwirrung. Sie behaupteten, Unterschiede gäbe es nicht; von dieser Prämisse aus wurde alles weiter schlüssig. ... Wie ich bald zu meiner eigenen Überraschung entdeckte, hatten beide Seiten unrecht, unsere Gegner und meine Freunde. Im Grunde genommen unterstellt sie beide, daß es schlecht sei, anders zu sein; sie gingen implizit oder explizit davon aus, daß es ein Vorbild gebe und daß dieses gute Beispiel von den Herrschenden verkörpert würde.“ (5)

Fortsetzung nächste Seite